

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 16/3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53745

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

mort de la République de Weimar, le poids et le rôle des »Machteliten«, en particulier des féodalités financières. Certes leur ralliement au national-socialisme s'opère – ou en tout cas se marque plus nettement – dans la période suivante, cette »Ära Brüning« que Schulz se propose d'analyser dans son troisième volume. Mais les premières orientations dans ce sens sont décelables dès 1929. Et cela vaut aussi pour les milieux militaires. L'auteur l'indique certes, mais pour ainsi dire en filigrane.

La place nécessairement limitée dont disposait Schulz explique sans doute que certaines forces politiques ou sociales soient absentes de cette étude. Les Eglises par exemple. Ni le Stahlhelm, ni le parti communiste allemand, ni les syndicats ne font l'objet d'une analyse approfondie, alors que leurs choix et leurs orientations permettent de mieux comprendre les changements politiques qui s'opèrent en 1929–1930.

Plus grave, parce que délibérée, nous paraît être l'absence de toute référence culturelle. L'histoire des idées, le rôle d'une revue comme »Die Tat«, le rayonnement des écrits d'un Ernst Jünger, qui n'a pas peu fait pour la diffusion de l'idéologie pré- et profasciste, autant de tâches blanches dans cet ouvrage. Or l'impact du national-socialisme, sa popularité impliquent un changement des mentalités que l'étude des faits culturels – au sens large du terme – aurait permis de mieux cerner.

Ces réserves faites, il reste que l'ouvrage de Gerhard Schulz, par l'originalité de l'angle de vue autant que par la richesse de la documentation, par l'attention portée à des faits apparemment secondaires et qui n'ont pas été sans graves répercussions – la maladie du chancelier Hermann Müller par exemple en 1929 – éclaire cette année 1929, une année-tournante dans l'histoire de la République de Weimar.

Ce deuxième tome de »Deutschland am Vorabend der Großen Krise« constitue désormais un ouvrage de référence.

Gilbert BADIA, Paris

Peter LEMPERS, »Das Saarland den Saarländern!«. Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918–1935, Köln (dme) 1985, 542 S. (Kölner Schriften zur romanischen Kultur, 3).

An neuerer Literatur zur Geschichte des Saargebiets in den Jahren des Völkerbundesregimes herrscht wahrlich kein Überfluß, und die historische Forschung ist über den Stand schon älterer Standardwerke, vor allen Dingen das von Maria Zenner<sup>1</sup>, noch nicht weit hinausgeschritten. Auch konzentrierte sich das Interesse der Forschung eher auf die heiße Phase des Abstimmungskampfes ab 1933.

Lempers Studie betrachtet den gesamten Zeitraum von 1918 bis 1935, doch hat er sich die scheinbar kleinste Nische der Saarpolitik dieser Jahre ausgesucht und speziell die frankophilen Organisationen analysiert. Dieser Teil des politischen Spektrums an der Saar weist jedoch im Unterschied zu seinem geringen Echo in der Bevölkerung eine erstaunliche Vielfalt an Parteien und Vereinigungen auf, die von den Historikern bislang, wohl auch auf Grund eines gewissen Degout, en passant abgehandelt wurden<sup>2</sup>. Lempert hat sich als erster ausschließlich diesen Randgruppen zugewandt und beiderseits des Rheins umfangreiches Archivmaterial zusammengetragen. Als besonders aufschlußreich erwiesen sich die Unterlagen der Geheimen Staatspolizei, die die Entwicklung an der Saar aufmerksam beobachtete. Neben denen des

1 Maria ZENNER, Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, Saarbrücken 1966.

2 Eine Ausnahme bildet: Patrik von zur MÜHLEN, »Schlagt Hitler an der Saar!«. Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, Bonn 1979.

französischen Außenministeriums und des Bundesarchivs bilden daher die Akten einer Reihe von Staats- und Landesarchiven den Hauptquellenbestand der Studie, da sich in ihnen die Polizeiakten zu zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten der frankophilen Bewegung befinden.

In dem Bemühen, sich seinem Untersuchungsgegenstand möglichst unvoreingenommen zu nähern, lehnt Lempert die Einstufung der frankophilen Bestrebungen als »separatistisch« ab. Damit beraubt er sich unnötigerweise eines in der Sache zutreffenden Begriffs, denn um Separatismus handelt es sich, da eine Minderheit den Anschluß der Saar an eine fremde Macht betrieb. Daß dies vor dem Hintergrund des Versailler Vertrages eine zulässige Möglichkeit war, wie Lempert richtig anführt, stellt wohl eine Verengung der Perspektive auf die rein rechtliche Seite der Frage dar. Am politischen Charakter der Bewegung ändert das nichts.

Als frankophil bezeichnet Lempert diejenigen Kräfte, die die Ziele der französischen Politik vertraten bzw. sich für sie einsetzten. Notwendigerweise geht seiner Untersuchung der frankophilen Parteien daher ein Kapitel zu den Zielen und Methoden der französischen Saarpolitik voraus. Das Ziel der französischen Politik war unzweifelhaft der Anschluß der Saar an Frankreich. Da es sich in Versailles nicht hatte verwirklichen lassen, kam es zu dem merkwürdigen Kompromiß der Regierung durch den Völkerbund, worin man in Paris jedoch stets nur eine Übergangs- und Vorbereitungszeit auf die Einrichtung eines »Département de la Sarre« erblickte. Wenn sich auch die Vorstellung vom direkten Anschluß für 1935 mit der Zeit als Illusion herausstellte, so hielten die französischen Verantwortlichen doch an dem Gedanken fest, über die Verlängerung des status quo sich die Möglichkeit auf den Anschluß langfristig zu erhalten. Lempert weist nach, daß die Propagierung des status quo in Paris lediglich aus taktischen Gründen betrieben wurde.

In scharfem Kontrast dazu steht die völlige Abwesenheit einer klaren politischen Konzeption für das französische Vorgehen an der Saar. Die vor Ort befindlichen Beamten mahnten vergeblich in Paris eindeutige Richtlinien an. Eine Ausnahme davon bildete allerdings die Schul- und Bildungspolitik. Diese Passagen sind insbesondere unter dem Blickwinkel der Kontinuität der französischen Besatzungspolitik nach 1945 eine interessante Lektüre.

Angesichts der Fülle des von Lempert in Paris bearbeiteten Materials, vermißt man jedoch Aufschlüsse über die Gründe, die die Definition und die Festlegung der französischen Politik auf ein klares Konzept verhindert haben. Immerhin ist es schwer vorstellbar, daß die für die Saar zuständigen Stellen keine konzeptionellen Vorschläge ausgearbeitet haben sollen. Vielmehr dürften politische Ursachen für diesen Zustand verantwortlich gewesen sein.

Lemperts Untersuchung der frankophilen Organisationen fördert ein bedeutsames Faktum zutage. Mit der Parole »Los von Berlin!« und ihrer gegen Preußen gerichteten Propaganda nahm die frankophile Bewegung Leitmotive des von 1870/71 her bestimmten französischen Deutschlandbildes auf. Die Stereotypen der frankophilen Propaganda dürften allerdings eher kontraproduktiv gewirkt haben, denn die preußische Politik hatte an der Saar seit 1815 durchaus positive Erinnerungen hinterlassen. Die Anwendung von üblicherweise in Frankreich anzutreffenden Stereotypen über Deutschland im allgemeinen und über Preußen im besonderen dürfte zu einem guten Teil zu der hoffnungslosen Situation der frankophilen Bewegung beigetragen haben.

Mit der Polemik gegen Preußen verband sich auf diffuse Art und Weise auch die Frontstellung gegen die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften. Die Isolation innerhalb der Arbeiterschaft wurde während der Ruhrbesetzung 1923 offenbar, als die saarländischen Bergarbeiter aus Solidarität mit den Arbeitern der besetzten Gebiete streikten. Dies mußte den frankophilen Vereinigungen und der französischen Regierung deutlich vor Augen führen, wie schlecht die Aussichten waren, daß die Saarländer für den Anschluß an Frankreich optieren würden.

Daher schaltete die französische Politik spätestens 1926 darauf um, die Beibehaltung des status quo zu befürworten. Da die frankophilen Parteien in ihrer Mehrheit als Verfechter des

status quo aufgetreten waren, brachte sie die Schwenkung der offiziellen französischen Position nicht in Schwierigkeiten.

Konnte man bis 1933 die Verfechter des status quo im allgemeinen dem frankophilen Lager zuordnen, so änderte sich das mit der nationalsozialistischen Machtergreifung. Die Zahl der status quo-Anhänger wuchs beträchtlich. Das bedeutete aber nicht, daß diese nun die Zugehörigkeit der Saar zum Reich prinzipiell in Frage stellten. Die Rückgliederung sollte nur für die Dauer der Regierung Hitler aufgeschoben werden. In Paris registrierte man aufmerksam die prekäre Lage, in die die Opposition gegen Hitler auch an der Saar geraten war. Lempert verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Saar-SPD, die ab 1933 von der französischen Regierung finanziell unterstützt wurde. Das beleuchtet die Nöte, in die der Verlust der Mutterpartei die Saar-SPD stürzte.

Die Unübersichtlichkeit des frankophilen Spektrums, die personellen Überschneidungen und Neugründungen aufgelöster Organisationen unter anderem Namen, haben auf die Untersuchung abgefärbt, und das stellt ihre größte Schwäche dar. Die Arbeit hätte durch Straffung und Streichung unwesentlicher Details gewonnen. Davon unberührt ist es Lemperts Verdienst, in mühevoller Kleinarbeit die Entwicklung dieser verschwindend kleinen Randgruppen nachgezeichnet zu haben.

Woldemar VENOHR, Berlin

David J. DIEPHOUSE, *Pastors and Pluralism in Württemberg 1918–1933*, Princeton, New Jersey (Princeton University Press) 1987, VII–393 S.

Es ist auffällig, daß Allgemeinhistoriker, die sich dem Thema ›Konfession und Gesellschaft‹ in der Weimarer Republik zuwenden, nächst der (alt)-preußischen Landeskirche vor allem das kirchenpolitische Spektrum Württembergs in den Blick zu nehmen scheinen. Dies hat sicher einen Grund in der reichen Quellenüberlieferung vor allem des landeskirchlichen Archivs in Stuttgart. Daneben dürften aber zentrale inhaltliche Motive eine wichtige Rolle spielen: Am Beispiel dieses evangelisch – und ›moderat‹ lutherisch – geprägten Staates im Südwesten des Reiches lassen sich Strukturen und Mentalitäten herausarbeiten, die sich von jenen des dominierenden Preußen abheben und verdeutlichen, daß von hier ausgehende, oft verallgemeinerte Interpretationslinien und Ergebnisse nicht ohne weiteres für die gesamte Konfessionsgeschichte dieser Epoche repräsentativ sind. – Der am Calvin College lehrende Historiker D. J. Diephouse weist denn auch wiederholt auf die charakteristischen Unterschiede im kirchlichen und parteipolitischen Spektrum Württembergs zu dem auch in konfessionell-protestantischer Hinsicht übermächtigen Preußen hin und kritisiert gleich einleitend die herkömmliche Fixierung auf die Berliner Politik, die das Gesichtsfeld des Historikers und damit sein Urteil unangemessen einenge. Der Vf. will – darin Eley und Blackburn verwandt – nicht primär die Geschichte einer politisch-pathologischen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft skizzieren, sondern das Verhalten der organisierten sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen im Bereich des Themas und seine Folgen für die Stabilität der Weimarer Demokratie schildern. Den gewissermaßen roten Faden seiner Untersuchung bildet die Frage, wie die Landeskirche und ihre hier agierenden vielfältigen Untergliederungen nach der Trennung von Thron und Altar ihr traditionelles Geschichts- und Gesellschaftsbild mit der neuen Forderung nach Pluralität und gleichzeitig übergreifendem Konsens verbunden haben. Dabei klingt immer wieder die Relevanz der alten Frage reformatorischer Kirchlichkeit nach dem Anstalts- oder Freiwilligkeitscharakter an, womit sich die Volkskirchen-Problematik als Hauptuntersuchungsgegenstand bereits andeutet.

In sieben Abschnitten entfaltet Diephouse sein Thema. Beziehen sich die beiden ersten Kapitel auf den historischen Ort des Württembergischen Protestantismus im 19. Jh. und seine